



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ullmann, Hermmann: Zur Vertiefung des Bündnisses

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

dem letzten internationalen Landwirtschaftskongreß vor dem Kriege in Gent im Jahre 1913 ergeben, wo gerade von spanischer Seite eine Reihe von vorzüglichen Berichten über die geeigneten Mittel zur Hebung der Landwirtschaft erstattet worden sind. (Vergleiche besonders die Verhandlungen der Sektion 2 Sciences agronomiques und Enseignement agricole). Zurzeit steht Spanien in bezug auf den Verbrauch von künstlichen Düngemitteln noch immer nicht unerheblich hinter anderen Ländern Europas nach, aber man darf bei der Energie und dem Zielbewußtsein der spanischen Regierung und der berufenen Vertreter der Landwirtschaft selbst wohl mit Sicherheit darauf rechnen, daß der Verbrauch an Kali, Superphosphat und an Stickstoffdüngemitteln in der nächsten Zeit erheblich zunehmen wird. Für die Entwicklung einer leistungsfähigen Superphosphatindustrie in großem Umfange in Spanien selbst liegen übrigens die Verhältnisse recht günstig, da der Bezug der notwendigen Rohstoffe (Mineralphosphate aus Tunis und Algier und Pyrite die im Lande selbst gewonnen werden, Rio Tinto-Erzk) auf dem Seewege nach Beendigung des Krieges außerordentlich günstige Arbeitsbedingungen ermöglicht. Bezüglich der hochprozentigen Kalisalze, welche in der Landwirtschaft benötigt werden, wird Deutschland wohl noch für längere Zeit als Hauptlieferant in Betracht kommen, selbst wenn es gelingen sollte, die spanischen Kalilager in absehbarer Zeit allmählich förderfähig zu gestalten. Ebenso dürfte auch die Versorgung mit deutschem Ammoniumsulfat in Zukunft stark zunehmen, was für die spanischen Verbraucher insofern besonders wertvoll erscheint, als sie durch die Konkurrenz, die das deutsche Ammoniumsulfat dem englischen Produkt in Zukunft machen wird, vor besonders hohen Preisforderungen Englands geschützt erscheinen.

Über die Mengen und Werte im künftigen deutsch-spanischen Handelsverkehr nach Wiederherstellung der Schiffsbeziehungen, die man zweifellos von deutscher Seite aus stärker als vor dem Kriege ausbauen wird, läßt sich zurzeit naturgemäß noch nichts Bestimmtes aussagen. Hier gilt, wie auf anderen Gebieten, daß der Weltkrieg eine wahre Preisrevolution und zum Teil eine vollkommene Umwälzung der Technik und der Produktivkräfte herbeigeführt hat, die jeden früheren Maßstab als veraltet erscheinen läßt! Unverändert aber werden natürlich die praktischen Mittel bleiben müssen, durch die es zurzeit gelungen ist, die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Spaniens so fest zu knüpfen, daß auch die systematischen Anstrengungen unserer zahlreichen Gegner, die den Spaniern doch auch so manche wirtschaftliche Vorteile in den letzten Jahren gewähren konnten, es nicht vermocht haben, die spanische Neutralität zu erschüttern. Bleibt diese Neutralität, wie man im Interesse beider Länder nur dringend wünschen kann, auch weiterhin erhalten, so darf man jedenfalls bei einer verständnisvollen Pflege der deutsch-spanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit Sicherheit darauf rechnen, daß nach dem Kriege noch eine weitere Festigung dieser Beziehungen zwischen den beiden Ländern eintreten wird, die den beiderseitigen Wünschen und Interessen entsprechen dürfte.

Zur Vertiefung des Bündnisses

Von Dr. Hermann Ullmann



Die Zusammenkunft der beiden Kaiser und Generalstabchefs tut nicht nur eine gewaltige außenpolitische Wirkung, man erhofft von ihr ohne Zweifel auch auf österreichischer Seite einen gewissen Einfluß auf die innere Politik. Zunächst ganz allgemein: während des Krieges hat es sich immer wieder gezeigt, daß jede Lockerung der Beziehungen zum Deutschen Reich eine Stärkung der zentrifugalen Kräfte in Osterreich zur Folge hat. Sofort werden nicht nur die Slawen, die in

Übereinstimmung mit dem Vielverband und der österreichischen Sozialdemokratie die Verwandlung des Einheitsstaates mindestens in einen „Bundesstaat“ verlangen, aufs gefährlichste ermutigt, es zeigt sich dann auch sogleich, daß der gesunde Sinn der deutschen Bevölkerung, allen deutsch Sprechenden Kurösterreichern oder anderen Strebend-Bemühten zum Trotz, jede Entfernung von Deutschland mit einer für die lazierenden Regierungen unbequemen Stärkung des Nationalgefühles erwidert. Merkwürdigerweise rufen die deutschen Kundgebungen, sofern sie nur genügend kräftig den Willen zum Volkszusammenhang betonen, jedesmal gewisse offizielle Kreise schneller auf den Plan als jahrelange vielverbandsfreundliche, offen hochverräterische Wühlereien der Slawen es vermochten. Dabei ist es doch schon durch die Lage der Deutsch-Österreicher gegeben, daß von einer eigentlichen Irredenta bei ihnen nicht die Rede sein kann, sofern sie nicht tatsächlich zur Verzweiflung getrieben werden. Sie werden immer, solange dieser Weg ihnen die Möglichkeit zur Erhaltung ihres völkischen Daseins gewährt, nur ein starkes, mit Deutschland verbündetes Österreich anstreben, während alle slawischen Pläne, wie sie seit der Annexion offen verkündet, seit Beginn des Krieges heimlich gepflegt wurden, notwendigerweise die Zerstückung der Monarchie zur Folge haben müßten, wenn sie durchdrängen.

Da nun die Deutsch-Österreicher immer wieder betonen, daß sie als die Grundlage eines starken Österreichs das Bündnis mit Deutschland ansehen, hat sich allmählich bei den österreichischen Regierungen die Anschauung festgesetzt, daß sowohl die Stärkung des Staatszusammenhanges als auch die Vertiefung des Bündnisses ein Zugeständnis an die Deutsch-Österreicher bedeute, für das sie in verschiedenen Wülfarten politisch und wirtschaftlich ihrerseits zahlen müßten. Insofern, als die Österreicher über das ganze Reich verstreut wohnen und nicht als Böhmen, Mährer, Steirer usw., sondern nur als Deutsch-Österreicher und als Angehörige des Gesamtdeutschtums etwas bedeuten können, kommt ihnen freilich ein einheitlicheres Österreich und das Bündnis mit Deutschland zuflatten. Aber es liegt doch auf der Hand, daß sie dafür auf eine Möglichkeit verzichten müssen, welche die kleinen Völker ununterbrochen als ihr „Selbstbestimmungsrecht“ verkünden: auf die Möglichkeit zum staatlichen Zusammenschluß aller Volksangehörigen. Dieser Verzicht kann ihnen zwar auch nicht als Verdienst angerechnet werden, er ist aber doch unzweifelhaft kennzeichnend für die Grenzen dessen, was man vom Deutschstum an völkischer Selbstaufopferung fordern kann. Das Bündnis und eine gewisse Einheit Österreichs bedeuten gewissermaßen das Mindestmaß an Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes in Österreich, das nicht vermindert werden könnte, ohne daß nicht nur Teile, sondern das Ganze der deutschen Volkheit sich lebensgefährlich bedroht fühlen und zur Wehr setzen müßte.

Wenn deshalb etwa die Beratungen über das Bündnis nebenbei demselben Zwecke dienen sollten wie die Kreishauptmannschaften in Böhmen: der Beruhigung der deutschen Bevölkerung — so darf man weder in Deutschland noch in Österreich darüber im unklaren sein, daß das Deutschstum in Österreich noch ganz anderer Befestigungen und Sicherungen bedarf, um seiner Aufgabe als Träger des Bündnisses nachkommen zu können. Das Wichtigste, von dem, was nottut, muß es freilich selbst leisten. Die Erstarbung der deutschen Volksräte und die Bemühungen, sie zusammenzuschließen, weisen den richtigen Weg (siehe die Aufsätze „Sammlung“, „Zur Bündnisfrage“ und „Vertrauen zu Volksgenossen!“ in Heft 1, 8 und 9 der „Deutschen Arbeit“). Die Volksräte stellen Zeugnisse deutscher Selbstverwaltung dar, die schon rein theoretisch die Beachtung der deutschen Öffentlichkeit verdienen. Sie vereinigen Vertreter der Parteien mit denen der völkischen Vereine und der in Österreich bekanntlich außerordentlich ausgebauten Selbstverwaltung in Bezirk und Gemeinde. Diese Volksräte bilden eine gerade in Österreich sehr notwendige Ergänzung der deutschen parlamentarischen Vertretung. Bei dem unendlich verwickelten Zusammenwirken wirtschaftlicher, allgemeinpolitischer und nationalpolitischer Kräfte im österreichischen Reichsrat geraten die deutschen Parteien immer wieder in Konflikte zwischen

allgemeinpolitischen Aufgaben, die den Gesamtstaat betreffen, und nationalpolitischen, die nur das eigene Volk angehen. Um ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu wählen: bei den Abstimmungen über den Staatshaushalt hätten die deutschen Parteien in dem Verhalten der Regierung, das sich seit der Begnadigung der slawischen Hochverräter immer deutlicher deutschfeindlich gestaltete, das die deutschen Notstandsgebiete der tschechischen Aushungerungspolitik preisgab und dem südslawischen „Imperialismus“ Vorschub leistete, vielfachen Grund zum Widerstand gefunden. Aber es war für sie unmöglich, dem Staate, der an der Seite Deutschlands seinen Lebenskampf auskämpft, die notwendigsten Bedürfnisse zu verkürzen — selbst wenn sie dadurch eine dem Deutschtum durch ihre Schwäche außerordentlich schädliche Regierung stützten. Die Maschine des Parlamentarismus hat ihre besonderen Gesetze, denen auch die deutschen Abgeordneten gehorchen müssen, wenn sie nicht die Verantwortung für die Zerstörung dieser Maschine auf sich nehmen wollen. Diese Bindung der deutschen Abgeordneten ist für die deutsche Nationalpolitik um so gefährlicher, als ihr die Slawen nicht unterliegen. Ihrer Opposition sind keine Grenzen gesetzt, als Feinde des Bündnisses mit Deutschland und als mehr oder minder bewußte Anhänger des Zielverbandes brauchen sie die Verantwortung, die ihnen aus Schädigungen des Bündnisses und des Staates erwachsen, nicht zu scheuen, da ihnen ja keine Autorität aufgezwungen wird, die über der ihrer Wähler stünde und sie im Namen des Staates zur Rechenschaft ziehen könnte. Der Volkswille wird also bei den Deutschen gewissermaßen durch den parlamentarischen Mechanismus verzerrt zum Ausdruck gebracht. Seine Ausprägung findet er in den Volksräten, die zwar keine gesetzgeberische Gewalt haben, sondern nur mittelbar einen Druck auf den Reichsrat ausüben können, dafür aber von den Abhängigkeiten, die dieser auferlegt, frei sind. So erfüllen die Volksräte eine durch die eigenartige Lage der deutschen parlamentarischen Vertretung gestellte Aufgabe. Dazu kommt noch eine Nebenaufgabe: die Volksräte ersetzen bis zu einem gewissen Grade, indem sie eine völkische öffentliche Meinung bilden helfen, freilich unvollkommen, die fehlende völkische Presse. Bekanntlich hat ja das hundestreue und den Staat in seinen wesentlichen Leistungen stützende deutsche Bürgertum bis jetzt keine großen Zeitungen in Osterreich, sondern nur eine verhältnismäßig reiche Provinzpresse. Die Volksräte geben nun in schwierigen Tagen sehr oft die Richtlinien für das nationalpolitische Verhalten, die von den Abgeordneten besser in den Volksräten als im Parlament und von der „großen“ Geschäftspresse gar nicht gegeben werden können. Daneben leisten die Volksräte sehr viel fruchtbare Arbeit auf rein organisatorischem, wirtschaftlichem Gebiete und durch unmittelbare praktische Arbeit. Es bedeutet nach alledem ein Zeichen für das Erstarken der politischen Kräfte in Deutsch-Osterreich, daß die deutschen Volksräte den Zusammenschluß und die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsstelle beschlossen haben. Ferner sind neue Volksräte in Tirol und Mittelsteiermark gegründet worden, und die schon bestehenden in Böhmen, Mähren, Wien und Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Triest haben überall durch sehr wirkungsvolle Volkstage dem Volksempfinden so kräftigen Ausdruck gegeben, daß auf die Abgeordneten und durch diese auf die Regierung ein sehr nützlicher Druck ausgeübt wurde, der neuerdings eben in jenen Versuchen der Regierung zu einer energischeren Staatsführung zum Ausdruck kommt.

Durch eine größere Vereinheitlichung der deutsch-österreichischen Politik wird auch eine bessere Grundlage zu ihrem Verständnis im Reiche geschaffen werden und damit zur Verwirklichung der zweiten Forderung, die für die Stärkung des Bündnisses gestellt werden muß. Bekanntlich bemüht sich der Zielverband nach Kräften, die mancherlei Abneigungen gegen das Deutschtum, die in Osterreich bestehen, zu stärken. Auch unter der deutsch sprechenden Bevölkerung, mag in ihr auch das gesunde Gesamtvolksgesühl unbedingt herrschen, gibt es doch allerlei „demokratische“, hochfeudale, „pazifistische“, „alt-“ und „neuösterreichische“, literarische und bolschewistische Elemente, die von der Abneigung gegen das „Preuribentum“ oder das „Zunkertum“ oder (das im Veruf des Prügelknaben mehr und

mehr aufgehende) „Alldeutschum“ bis zur offenen Feindschaft gegen alles Deutsche schillern. Aber man muß auch offen sagen: allen diesen lauten und heimlichen Begnern wurde es leicht gemacht, gegen das Deutschtum des Reiches zu wühlen. Allein die ungeheuerlich geringe Kenntnis von dem Deutschtum „draußen“ kann gelegentlich genügen, um einem als Volksdeutschen die Röte der Scham und des Zornes ins Gesicht zu treiben. Wie verlegend wirken die Pauschalurteile über „die Österreicher“. Sind dann wenigstens die Kenntnisse über das „Sechzig-millionenvolk“ hinausgedrungen, dann bleiben die Wertungen noch völlig schief. Allzuoft fragt man ganz naiv, nicht: was bedeutest du für das Gesamtdeutschum, sondern: was bedeutest du fürs Reich? Gerade Kreise, die sich völkisch nennen, auch manche „alldeutsche“ sind nicht frei von dieser naiv egoistischen Begriffsverwirrung. Ganz zu schweigen von gewissen in der ganzen Welt verhassten „berlinischen“ Eigenschaften, für die man so wenig Berlin verantwortlich machen kann, wie das wirkliche Wien für jene „Verwienerei“, welche Entfremdung von der deutschen mitteleuropäischen Kultur, Verschönerung und Veröstlichung bedeutet. Dieses „Deutschland“, das wir nicht meinen, wenn wir von deutschem Wesen sprechen, hätte von jenem „Österreichertum“, das es verlegenderweise in einen Topf wirft mit slawischen Exaltados und Überläufern, sehr viel zu lernen. Nicht etwa nur mehr (Raumannsche) „Melodie“, sondern sogar eine gewisse Besinnung auf ältere deutsche Werte, die in dem zentralisierenden, vom Großbetrieb beherrschten, stärker kapitalistischen Deutschland gefährdet sind. Immer wieder müssen wir darauf verweisen, daß der durchschnittliche Deutsche dieses gute deutsche Österreich, die sozial, kulturell und wirtschaftlich wichtigsten mittleren Schichten, die Stützen des Bündnisses viel zu wenig kennt. Das offizielle Deutschland und der Großteil der reichsdeutschen Bevölkerung hat die Deutschen Österreichs in mancher Richtung enttäuscht: in dem Mangel einer zielbewußten und fruchtbaren Bündnispolitik wie großer politischer Ziele überhaupt, durch Versäumnisse, die gerade der schwärmerisch Vertrauende schwer verzeiht und die nicht hätten begangen werden können, wenn man nicht so gänzlich ohne Kenntnis nächster Gefahren gewesen wäre.

Die offiziellen Abmachungen werden ausgezeichnet nach außen und innen wirken. Aber sie reichen nicht aus. Heute tragen die Völker und nicht allein die Regierungen die Bündnisse. Wird nicht dem Raubbau an deutscher Volkskraft, für den die Aushungerung der Deutschen in den Subetenländern und in Tirol ein erschütterndes Beispiel gibt, ein Ende gemacht, jenem unglückseligen System, das die Deutsch-Österreicher immer wieder für das Bündnis zahlen läßt, sie zu seinen Märtyrern macht, dann wird dieses wohl über den Krieg hinaus dauern und seine Schuldigkeit dank der deutschen Volkskräfte in Österreich tun, aber jenseits des Krieges eine hohle Form ohne Inhalt bedeuten.

Reform des Wahlverfahrens

Aufstellung

der Kandidatenlisten durch die Kandidaten selbst statt durch die Parteien

Von H. von Recklinghausen



weiterlei ist bei der Reform des Wahlrechtes, die uns jetzt alle beschäftigt, scharf zu trennen: die Frage der Wahlberechtigung — allgemeines oder beschränktes Wahlrecht, gleiches oder abgestuftes Wahlrecht, Abstufung durch Zusatzstimmen (Pluralwahlrecht) oder durch Klasseneinteilung der Wähler. Und zweitens die Frage des Wahlverfahrens: einfaches Mehrheitswahlverfahren, so wie bisher üblich oder Verhältniswahlverfahren (Proporz) oder — noch ein drittes. Die